



200.000 Unterschriften für die Freilassung von Gefangenen in Usbekistan

200.000 Unterschriften für die Freilassung von Gefangenen in Usbekistan
In Berlin und anderen europäischen Hauptstädten protestierten symbolisch gefesselte Aktivistinnen und Aktivisten gegen Folter in Usbekistan und für die Freilassung der gewaltlosen politischen Gefangenen Dilorom Abdukadirova
In einer europaweiten Aktion fordert Amnesty International von der usbekischen Regierung gegen die weit verbreitete Folter in dem Land vorzugehen und in unfairen Verfahren verurteilte Gefangene freizulassen. Insgesamt etwa 200.000 Unterschriften hat Amnesty International heute an verschiedene usbekische Botschaften in Europa übergeben, mit der Forderung die gewaltlose politische Gefangene Dilorom Abdukadirova freizulassen. Zeitgleich protestierten Aktivistinnen und Aktivisten in Brüssel, Genf, London, Madrid, Paris, Wien, Rom, Warschau, Dublin und Riga mit der Forderung: "Usbekistan - Kein Vertuschen und Leugnen mehr. Stop Folter." ("Stop the Secrets and Lies. Stop Torture in Uzbekistan.") Auf Stühlen gefesselte Aktivistinnen und Aktivisten mit Tüten über dem Kopf symbolisierten die Situation von Folteropfern. Außerdem wurden die Fotos von fünf Gefangenen gezeigt, deren Freilassung Amnesty fordert.
"Wir wissen aus zahllosen Berichten, dass in Usbekistan Folter weit verbreitet ist", sagte Selmin Çaliskan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland am Rande der Aktion vor der usbekischen Botschaft in Berlin. "Die Dementis der usbekischen Regierung sind völlig unglaubwürdig. Statt Folter zu leugnen, muss sie endlich damit beginnen, wirksam dagegen vorzugehen. So gut wie nie werden Foltervorwürfe von den Behörden ernsthaft untersucht. Wenn es keine Vorfälle in usbekischen Gefängnissen gibt, warum lässt die Regierung dann keine unabhängigen internationalen Menschenrechtsbeobachter ins Land, um dort ungehindert die Lage zu untersuchen?"
Gefangene werden oft schon bei der Festnahme misshandelt, in der Haft werden sie mit Plastiktüten über dem Kopf, mit Nadeln unter den Fingernägeln oder Elektroschocks gequält und gezwungen Taten zu gestehen, die sie nicht begangen haben. Misshandelt wurde mutmaßlich auch die gewaltlose politische Gefangene Dilorom Abdukadirova. Sie nahm am 13. Mai 2005 friedlich an einer Demonstration in Andischan teil, die international großes Aufsehen erregte. Hunderte von Menschen wurden getötet als die Polizei das Feuer auf die meist friedlichen Demonstranten eröffnete. Abdukadirova konnte nach Kirgisistan fliehen. Anfang 2010 kehrte die vierfache Mutter aus dem Exil zurück, um wieder bei ihrer Familie zu sein. Entgegen vorheriger Zusicherungen wurde sie festgenommen und nach einem unfairen Verfahren und einem weiteren geheimen Prozess in 2012 zu 18 Jahren Haft verurteilt. Zu den Verhandlungen erschien sie deutlich abgemagert und mit Blutergüssen im Gesicht. Bis heute wurden die Foltervorwürfe nicht untersucht. Amnesty fordert, Abdukadirova sofort und bedingungslos freizulassen und umfassende Untersuchungen zu den Vorwürfen einzuleiten. Amnesty International hat für diese Forderung in den vergangenen Wochen insgesamt 200.000 (196.411 bis zum 17. Oktober) Unterschriften gesammelt, über 37.000 davon in Deutschland.
"Deutschland und die EU dürfen Folter und die schreckliche Situation der Gefangenen in Usbekistan nicht stillschweigend dulden", sagt Çaliskan. "Deutschland und die EU pflegen intensive Beziehungen mit dem Land. Deutschland unterhält im usbekischen Termez eine Militärbasis. Aber die EU-Regierungen haben es jahrelang versäumt, sich konsequent zu der dramatischen Menschenrechtslage in Usbekistan zu äußern. Das müssen sie jetzt nachholen. Der für November geplante EU-Menschenrechtsdialog ist eine Gelegenheit, um sich entschieden gegen Folter in Usbekistan einzusetzen und zu fordern, dass die Verantwortlichen bestraft werden."
Für Interviewwünsche und Rechercheanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle. Fotos von der Aktion finden Sie hier: <http://bit.ly/1rhXcsg>
Kontakt: AMNESTY INTERNATIONAL
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
T: +49 30 420248-306
F: +49 30 420248-330
mailto:presse@amnesty.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=578702" width="1" height="1">

Pressekontakt

Amnesty International

10115 Berlin

Firmenkontakt

Amnesty International

10115 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage